

Polen: Kräftige Binnennachfrage treibt Wirtschaft weiter an

Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen als größtem und wirtschaftlich bedeutsamstem unter den neuen Mitgliedsländern der EU wird vom IWH in regelmäßigen Abständen analysiert. Im Jahr 2007 hat sich die kräftige Expansion der Wirtschaft in Polen fortgesetzt, nachdem sie sich bereits im Lauf des Vorjahres merklich beschleunigt hatte.

Die Ausweitung der Produktion betraf das Baugewerbe am stärksten, mit einigem Abstand folgten die Industrie und der Dienstleistungssektor, deren Produktion mit zweistelligen Raten zulegen. Bereits im vergangenen Jahr sorgte die gestiegene Nachfrage nach polnischen Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt, aber auch aus dem Ausland, für eine sehr hohe Auslastung der Produktionskapazitäten. Die Gewinnsituation der Unternehmen sowie die Liquidität haben sich deutlich verbessert.

Tabelle 1:
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung für Polen in den Jahren 2005 bis 2008

	2005	2006	2007	2008
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	3,6	6,2	6,5	5,5
Privater Konsum	2,0	4,9	6,0	5,5
Staatskonsum	5,2	5,8	2,0	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	6,5	15,6	25	22
Exporte	8,0	14,6	11	10
Importe	4,7	17,4	15	15
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	2,1	1,0	2,2	2,7
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote ^a	17,8	13,9	9,5	8,0

^a Arbeitslosenquote. Jahresdurchschnitte, nationale Statistik nach ILO-Methode.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Die außerordentlich kräftige Binnennachfrage, die die wirtschaftliche Expansion stimulierte, ging vor allem auf eine hohe Investitionstätigkeit der Unternehmen zurück. Sie betraf alle wichtigen Wirtschaftsbereiche. Neben Ersatzinvestitionen war damit oft auch eine Erweiterung vorhandener Produktionskapazitäten verbunden. Im ersten Halbjahr

2007 erreichten die Bruttoanlageinvestitionen real einen Zuwachs von ca. 26%, im Baugewerbe und in einzelnen Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes, vor allem in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, noch weit darüber.¹ Kräftig zufließende Direktinvestitionen² sowie Zuflüsse aus den EU-Strukturfonds, insbesondere in die Infrastruktur, förderten diese Entwicklung.

In den nächsten Quartalen wird sich die Investitionsaktivität auf hohem Niveau halten, darauf deuten Untersuchungen zum Konjunkturklima hin.³ Das Vertrauen der Wirtschaftsakteure in einen anhaltenden Konjunkturaufschwung ist weiter gestiegen, und sowohl die große Zahl vorliegender Baugenehmigungen als auch die Entwicklung der Kreditausreichungen für Investitionsvorhaben lassen künftig eine kräftige Zunahme der Investitionen erwarten.

Auch die Dynamik des privaten Konsums blieb im ersten Halbjahr 2007 mit 6% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hoch. Die Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, darunter insbesondere der Lohneinkommen, fiel gegenüber dem vierten Quartal 2006 nochmals höher aus. Neben den schnell steigenden Löhnen wirkten sich hier auch die Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt durch einen weiteren Aufbau der Beschäftigung und der erleichterte Zugang zum Kreditmarkt aus. Das höhere Konsumentenvertrauen spiegelte sich u. a. auch im gestiegenen Einzelhandelsumsatz wider.

Auf die zukünftige Höhe der verfügbaren Einkommen dürfte sich auch die von der letzten Regierung beschlossene Reduzierung des Beitragsatzes zur staatlichen Altersrentenversicherung um insgesamt sieben Prozentpunkte auswirken, deren erste Stufe in Höhe von drei Prozentpunkten zum

¹ Die Investitionsquote der polnischen Volkswirtschaft stieg damit wieder auf etwas über 20% an, einen Wert, den sie zuletzt Ende der neunziger Jahre hatte.

² Der Zufluß an ausländischen Direktinvestitionen betrug 2006 ca. 15 Mrd. Euro (5,5% des BIP), bis Ende September 2007 waren es knapp 10 Mrd. Euro (4,7% des BIP).

³ Vgl. NBP: Informacja o kondycji sektora przedsiębiorstw ze szczególnym uwzględnieniem stanu koniunktury w III. kw. 2007. <http://www.nbp.pl/publikacje/koniunktura/raport3kw-2007.pdf>.

1. Juli 2007 in Kraft getreten ist.⁴ Der Beitrag der Außenwirtschaft zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wurde im letzten Jahr leicht negativ, in diesem Jahr setzte sich diese Entwicklung etwa ab dem zweiten Quartal fort.

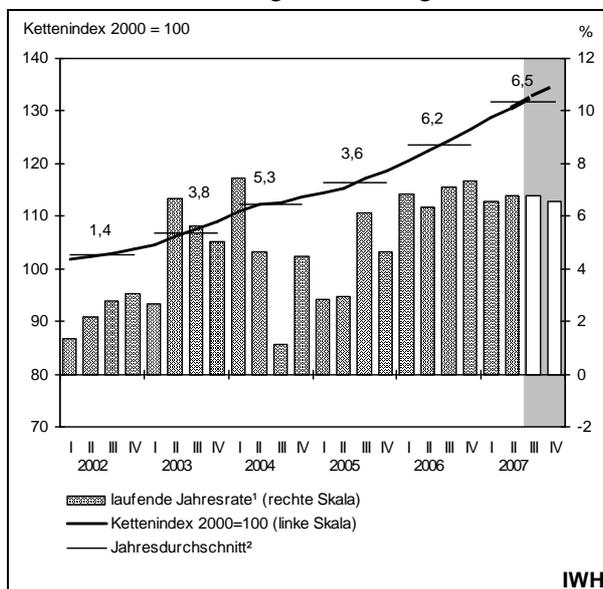
Tabelle 2:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2005	2006	2007	2008
Konsumausgaben	2,2	4,1	4,3	4,2
Private Haushalte	1,3	3,0	3,9	3,8
Staat	0,8	1,1	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	3,2	4,2	3,8
Anlageinvestitionen	1,2	2,8	3,7	3,8
Inlandsnachfrage	2,5	7,3	8,5	8,0
Außenbeitrag	1,1	-1,1	-2,0	-2,5
Bruttoinlandsprodukt ^a	3,6	6,2	6,5	5,5

^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2007 und 2008: Prognose des IWH.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Polen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 3. Quartal 2007: Prognose (Stand vom 26.11.2007).

⁴ Der Beitragssatz zur staatlichen Rentenversicherung soll von derzeit 13% in mehreren Etappen um insgesamt sieben Prozentpunkte gesenkt werden. Zugleich wird schrittweise die zweite – kapitalgedeckte – Versicherungssäule aufgebaut.

Hohe Importe aus Schwellenländern vergrößern Handelsbilanzdefizit, Leistungsbilanz verschlechtert sich leicht

Die dynamische Zunahme der Exporte im vergangenen Jahr hatte zur Folge, daß das Defizit in der Handelsbilanz trotz der äußerst starken Beschleunigung der Importe nur moderat zunahm. In diesem Jahr wird eine stärkere Passivierung der Bilanz erwartet. Die hohe Binnennachfrage schlug sich weiterhin in einer regen Zunahme der Importe nieder, zugleich wuchsen die Exporte teilweise deutlich langsamer als im Vorjahr. Auf dem für Polen größten Absatzmarkt in den Ländern der alten EU⁵ war der Nachfragezuwachs gegenüber dem Vorjahr schwächer. Nach Deutschland als größtem Handelspartner stiegen die Ausfuhren auf Eurobasis in den ersten neun Monaten 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 8%, was deutlich unter dem durchschnittlichen Exportzuwachs lag. Die geringere Importnachfrage der Handelspartner betraf sämtliche Warengruppen, ausgenommen den Sektor der Zwischenprodukte, der im polnischen Außenhandel jedoch eine große Rolle spielt. So kam es, daß die Einfuhren in die EU-15 aus Polen trotz ihrer abgeschwächten Dynamik noch über dem Anstieg der Gesamteinfuhren dieser Regionen im ersten Halbjahr 2007 lagen.

Die Importe entwickelten sich aufgrund der äußerst regen Binnennachfrage nach wie vor stark. Das überdurchschnittliche Importwachstum aus den Schwellenländern im Jahr 2006 hat sich – mit Ausnahme Chinas – wieder normalisiert, während die Einfuhren aus Rußland praktisch stagnierten.

Das Defizit in der Handelsbilanz betrug mit 11,8 Mrd. Euro (5,5% des BIP) nach neun Monaten etwa ein Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum, wozu vor allem das um ca. 3 Mrd. Euro gestiegene Defizit im Handel mit China beitrug, während sich die Negativbilanz gegenüber Mittel- und Osteuropa aufgrund der schwächeren Importentwicklung um etwa 720 Mio. Euro verringerte. Gegenüber der EU ist der Überschuß leicht zurückgegangen.

Auch das Leistungsbilanzdefizit hat sich 2007 gegenüber dem Vorjahr vergrößert, es betrug nach

⁵ Etwa 65% des polnischen Exports werden wertmäßig in den EU-15-Ländern abgesetzt.

neun Monaten mit 8,5 Mrd. Euro (4% des BIP) etwa das Anderthalbfache im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Neben dem gestiegenen Handelsbilanzdefizit schlug sich darin vor allem die Passivierung der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aufgrund von Gewinntransfers ausländischer Direktinvestoren und Dividendenzahlungen an ausländische Portfolioinvestoren nieder.

Tabelle 3:
Außenhandel Polens nach Regionen
- auf Eurobasis, zu jeweiligen Preisen -

	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %			Anteil am Gesamthandel in %		
	2005	2006	I-IX 2007	2005	2006	I-IX 2007
<i>Exporte</i>						
Industrieländer ^a	17,4	22,5	12,5	83,6	83,2	84,4
EU-25/27	16,7	23,5	12,8	77,2	77,4	78,9
Deutschland	12,5	18,5	7,8	28,2	27,2	26,1
Schwellenländer ^b	32,1	17,0	7,6	6,4	6,1	5,8
Übrige MOE-Länder ^c	32,9	31,7	26,2	10,0	10,7	9,8
Rußland	37,9	18,6	26,9	4,4	4,3	4,6
Insgesamt	19,6	23,1	13,4	100	100	100
<i>Importe</i>						
Industrieländer ^a	9,8	19,0	15,5	73,3	70,2	71,0
EU-25/27	9,3	19,7	16,4	65,6	63,2	64,3
Deutschland	15,1	20,9	15,8	24,7	24,0	24,1
Schwellenländer ^b	21,3	42,5	28,0	15,1	17,4	18,3
China	34,2	39,8	40,8	5,4	6,1	7,0
Übrige MOE-Länder ^c	32,9	32,9	3,5	11,6	12,4	10,7
Rußland	39,7	35,0	1,6	8,9	9,7	8,7
Insgesamt	13,8	24,2	16,1	100	100	100

^a Kanada, USA, europäische Länder (außer den unter Schwellenländer und übrige MOE-Länder aufgelisteten), Australien, Neuseeland, Israel, Japan, Südafrika. – ^b Afrika (außer Südafrika), Mittel- und Südamerika, Asien (außer Japan). – ^c Albanien, Bulgarien (bis 2006), Kroatien, Moldawien, Rußland, Rumänien (bis 2006), Ukraine, Weißrußland. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Amt Polen; Berechnungen des IWH.

Lohndruck und expansivere Fiskalpolitik wirken inflationstreibend

Die kräftige wirtschaftliche Expansion im vergangenen Jahr erfolgte bei nur geringem Inflationsdruck, wobei die Polnische Nationalbank sogar noch zweimal die Leitzinsen senkte, bis sie auf einem für Polen äußerst niedrigen Niveau lagen (Refinanzierungssatz von nominal 4%). In diesem Jahr

begann jedoch ein höherer Lohndruck in Verbindung mit der starken Inlandsnachfrage, die Preisdynamik anzuheizen. Angebotsseitige Engpässe in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarkts, die vor allem durch die Arbeitskräfteabwanderung ausgelöst worden waren, hatten die Verhandlungspositionen einiger Berufsgruppen soweit gestärkt, daß sie trotz einer insgesamt noch relativ hohen Arbeitslosigkeit Druck auf die Löhne ausüben konnten. Mit dem Anziehen des Preisniveaus schwenkte auch die Nationalbank wieder auf einen etwas restriktiveren Kurs. Sie erhöhte bis zum August dreimal – allerdings nur gering – die Leitzinsen, letztmalig im November 2007 (der Refinanzierungssatz beträgt derzeit 5,0%), nachdem im März erstmals das mittelfristige Inflationsziel von 2,5% wieder erreicht worden war. Damit beabsichtigt sie, auch bei anhaltend guter Konjunktur, zunehmender Beschäftigung sowie höherer Einkommen die Inflation mittelfristig im Zielkorridor von 2,5% +/- eines Prozentpunkts zu halten.

Weiterer Inflationsdruck könnte zusätzlich von der Verschlechterung der Lage der öffentlichen Finanzen ausgehen. Zwar befand sich das konsolidierte Staatsbudget im Herbst mit einem vergleichsweise geringen Defizit⁶ in guter Verfassung, jedoch werden verschiedene geplante Maßnahmen der Regierung das Steueraufkommen im kommenden Jahr merklich verringern. Auf der Ausgabenseite gehören zu den Belastungen insbesondere die hohen Sozialausgaben – mit ca. 23% des BIP zählen sie zu den höchsten in der EU – sowie EU-bezogene Ausgaben, wie der Beitrag zum Unionshaushalt und die Kofinanzierung von EU-finanzierten Projekten oder bei Direktzahlungen an die Landwirte.⁷

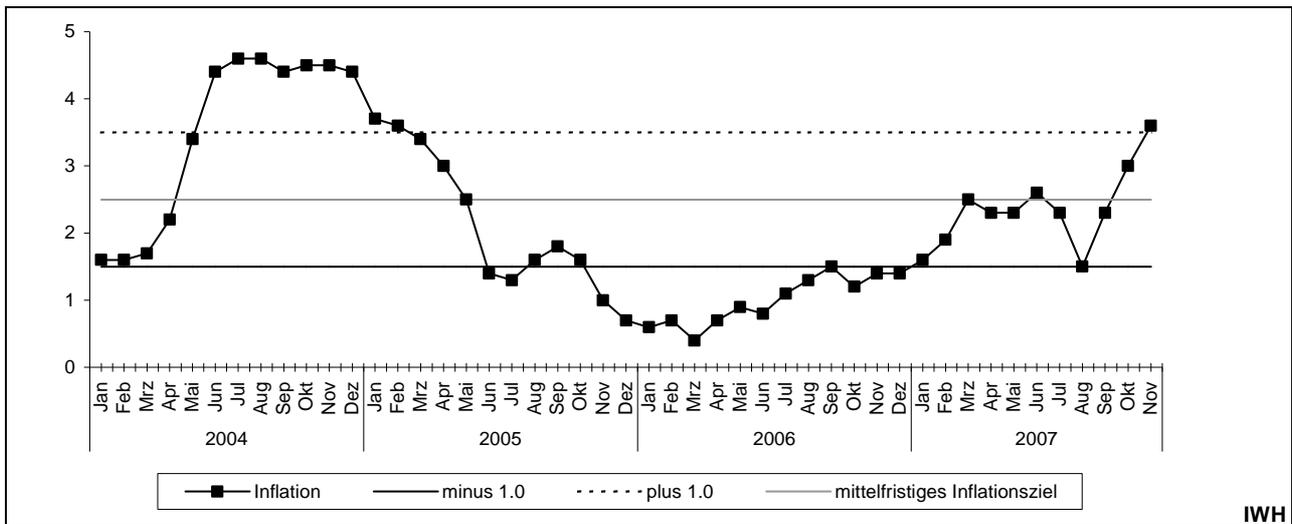
Neubewertung des polnischen Konvergenzprogramms und der finanzpolitischen Stabilität

Eine solide Finanzpolitik ist für Polen auch insofern von großer Bedeutung, da sich das Land mit

⁶ Ende Oktober 2007 betrug das gesamtstaatliche Defizit 4,4 Mrd. PLN, was nur etwa 15% des geplanten Jahresdefizits ausmachte.

⁷ Die von der EU in einer Übergangsfrist nach dem Beitritt gewährte cash flow facility zur Minderung der zusätzlichen Haushaltsbelastung durch den Beitrag zum EU-Haushalt läuft 2007 aus.

Abbildung 2:
Entwicklung der Inflationsrate
- Januar 2004 bis November 2007 -



Quelle: Polnische Nationalbank.

dem EU-Beitritt verpflichtet hat, mittelfristig den Euro einzuführen. Wie auch die anderen neuen Mitgliedsländer muß Polen bis zur Einführung des Euro im Rahmen der haushaltspolitischen Überwachung und der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in der EU ein jährlich aktualisiertes Anpassungsprogramm zur Erreichung der nominalen Konvergenz in Vorbereitung auf die Euroeinführung vorlegen. Das im April 2007 von der damaligen Regierung vorgestellte Programm zur nachhaltigen Reform der öffentlichen Finanzen wurde als wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung der Ziele des Konvergenzprogramms in den Jahren 2007 bis 2009 betrachtet. Allerdings sind mehrere Vorgängerregierungen bereits an einer Reform der öffentlichen Finanzen gescheitert, da sie nicht in eine Gesamtstrategie zur Modernisierung der wesentlichen ausgaben trächtigen Bereiche eingebettet war, wie etwa der sozialen Sicherungssysteme, der Forschungsförderung, des Bildungssystems oder einer Modernisierung der Infrastruktur. Erst dann ließen sich die geplanten Ausgaben für alle diese Bereiche gegeneinander abwägen und so bestimmen, daß sie einer Haushaltsreform standhalten. Eine Rolle spielt hierbei auch der Stellenwert, den die Politik der Einführung des Euro – und damit als Voraussetzung der zielgerichteten Erfüllung der Konvergenzkriterien – einräumt. Die seit dem Herbst 2005 amtierende Vorgängerregierung hatte Vorbehalte gegenüber dem Euro und die Euro-

übernahme zählte – ähnlich wie in Ungarn und der Tschechischen Republik – nicht mehr zu den politischen Prioritäten. Schließlich hat sie allerdings eine pragmatischere Einstellung bezogen, die Euroeinführung wurde 2007 nicht mehr generell in Frage gestellt, sondern nur noch der Zeitpunkt dafür diskutiert.

Mit der im Herbst 2007 neugewählten Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk ist eine wieder stärkere Zuwendung zu europapolitischen Fragestellungen zu erwarten, die auch die Euroeinführung und die damit verbundene Ausrichtung der Politik auf die stringente Erfüllung der in den Konvergenzprogrammen gesteckten Ziele umfaßt. Im aktualisierten Programm für den Zeitraum 2006 bis 2009 hatte Polen zwar eine Reduzierung des übermäßigen Defizits ab dem Jahr 2007 vorgesehen, die dafür erforderliche Haushaltsreform wurde jedoch nach Meinung des EU-Ministerrats nicht genügend vorangetrieben. Das für 2007 nach aktualisierten Berechnungen der EU-Kommission zu erwartende Haushaltsdefizit von etwa 2,7% wäre somit vor allem der guten Konjunktur zu verdanken, während ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen bereits im nächsten Jahr das Defizit mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder über der 3%-Marke liegen würde. Notwendig wären aus Sicht der EU-Kommission also für die Zeit ab 2008 zusätzliche Anpassungen, die die neue Regierung im

Update zum Konvergenzprogramm möglichst bald nachreichen sollte.⁸

Tabelle 4:
Haushaltsdefizit und Schuldenstand laut polnischem Konvergenzprogramm 2005 bis 2009
- in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts -

	2005	2006 ^a	2007 ^a	2008 ^a	2009 ^a
Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (in % zum Vorjahr)	3,5	6,2	6,5	5,6	5,2
Haushaltsdefizit ^b	-4,4	-3,8	-2,7	-3,2	-3,1
Bruttoschuldenstand ^b	47,3	47,6	46,8	47,1	47,1

^a Aktualisiert entsprechend der Herbstprognose der EU-Kommission, veröffentlicht am 09.11.2007. – ^b Unter Berücksichtigung der Eurostat-Entscheidung über die veränderte Klassifizierung der kapitalgedeckten Pensionssysteme. Eine Verbuchung der Beiträge zu kapitalgedeckten Pensionsfonds als Einnahmen zum Regierungshaushalt war bis April 2007 möglich.

Quellen: Convergence Programme of Poland, Update 2006, Brussels, February 2007. DOC 6249/07 sowie Commission's Economic Forecast Autumn 2007, Brussels, November 2007. IP/07/1666.

Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung bleiben mittelfristig günstig

Die wirtschaftliche Entwicklung wird auch im Prognosezeitraum vor allem von der Binnennachfrage bestimmt werden. Mit jährlichen Raten zwischen 6% und 8% dürfte die Binnennachfrage dabei schneller zunehmen als das Bruttoinlandsprodukt. Getrieben wird die Nachfrage zunehmend von den Investitionen, die auch in den nächsten Jahren im zweistelligen Bereich zulegen werden. Eine herausragende Rolle kommt den ausländischen Direktinvestitionen zu, die in den letzten Jahren einen hohen Bestand erreicht haben.⁹ Einerseits wird der notwendige Strukturwandel vorgebracht, andererseits ist die vorrangige Exportorientierung der ausländischen Unternehmen für die Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte hinsichtlich ihrer Qualität bedeutsam, insbesondere, da angesichts rasch steigender Löhne und eines

damit verbundenen Anstiegs der Lohnstückkosten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter abnehmen wird.

Die Wirtschaft wird 2007 mit etwa 6,5% expandieren, während der Zuwachs im kommenden Jahr etwas schwächer ausfallen dürfte. Der Außenhandel bleibt rege und expandiert auf hohem Niveau, wobei auch in den nächsten Jahren das Importwachstum das der Exporte leicht übertreffen wird. Damit wird der Außenbeitrag zum Wachstum zunächst weiterhin negativ oder neutral bleiben.

Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden auch 2008 anhalten: Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit bis auf etwa 8% wird mit einem Beschäftigungsaufbau vor allem im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor einhergehen. Risiken gehen bei zunehmend knappem Arbeitsangebot von einem hohen Druck auf die Löhne aus. Die Geldpolitik wird angesichts stärkerer preistreibender Faktoren etwas restriktiver werden und weiter stabilisierend auf das Preisniveau wirken.

Die Entwicklung über das Jahr 2007 hinaus hängt auch vom Kurs der neuen Regierung ab. Die Partei von Ministerpräsident Donald Tusk verdankt ihren liberalen Ruf vor allem ihrer Einstellung zur Wirtschaftspolitik und der Aufgeschlossenheit gegenüber der europäischen Integration, weniger ihrer Haltung zu den innenpolitischen Herausforderungen. Auch wenn Einzelheiten des wirtschaftspolitischen Programms noch nicht bekannt sind, kann davon ausgegangen werden, daß der eingeleitete Kurs auf die nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Erfüllung der übrigen Konvergenzziele im Interesse einer mittelfristigen Vorbereitung Polens auf den Beitritt zum Euroraum weiter verfolgt wird. Damit haben sich die Aussichten für Polen, mittelfristig den Euro einzuführen, verbessert.

Martina Kämpfe
(Martina.Kaempfe@iwh-halle.de)

⁸ Vgl. Commission Assesses Polish Action to Correct Excessive Deficit by 2007. Brussels, November 2007. IP/07/1724.

⁹ Ende 2006 betrug der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Polen pro Kopf etwa 2 361 Euro. Vgl. WIIW Press Release vom 05.06.2007.